

## Amtssprache

Haben Sie sich auch schon oft gefragt, warum Beamte anders sprechen und schreiben als wir? Es ist wie eine zweite Sprache, in der kompliziert und verklausuliert kommuniziert wird. Ist es Wichtigtuerei? Soll das Beamtendeutsch abgrenzen oder eingrenzen?

In Düsseldorf hat sich die Landesregierung offenbar entschlossen, die bürokratische Sprache zu überarbeiten. Die Bürger sollen ihre Beamten besser verstehen. Formulare und Anschreiben sollen überarbeitet werden. Aus dem Bandwurmwort Grundbesitzfeststellungsbescheid wird der Bescheid über die Feststellung des Grundbesitzwerts. Aus der Rückantwort soll Antwort werden.

Die Behördenschreiben, die überarbeitet wurden, sind allerdings nur welche, die auf Landesebene verwendet werden. Formulare, die bundesweit einheitlich sind, müssen auf Bundesebene überarbeitet werden. Das wird vermutlich dauern und vielleicht können wir eines Tages die Steuererklärungsvordrucke nicht nur lesen sondern sogar verstehen.

Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach. Die Amtssprache hat sich nämlich etabliert. Täglich hören wir in den Nachrichten, dass Verletzte oder Straftäter verbracht wurden. Der Volksmund würde sagen, wir haben jemanden ins Krankenhaus oder zur Polizei gebracht und mit verbringen, verbindet man landläufig einen eher freundschaftlichen oder erholsamen Aufenthalt.

Wie werden die mit der „neuen Amtssprache“ Beauftragten im Amt mit „ihrer“ Sprache umgehen? Sie stehen mit ihren durchermittelten Akten vor einer Mammutaufgabe.



Die Amtssprache ist historisch etabliert und je komplizierter die Sprache desto größer wird der Abstand zum Bürger. Er soll gefälligst seine Steuern pünktlich zahlen und seinen Steuerberater fragen, wenn er die Eingangspost nicht versteht.

Außerdem werden uns die lustigen Begriffe fehlen, wenn aus einer Grundstücksentwässerungsanlage einfach eine Regenrinne wird. Oder aus der Abstandseinhaltungserfassungsvorrichtung nur die Querstreifen zur Abstandsmessung auf der Autobahn übrigbleiben.

Die Mehrarbeit der Beamten in Sachen „Deutsch fürs Volk“ wird zu höheren Dienstaufwandsentschädigungen führen. Das Kuriose wird uns fehlen, wenn die Verwaltung schreibt, dass die Spontanvegetation hinter der nicht lebenden Einfriedung entfernt werden muss. Es wird den Beamten enorme Kraft kosten, wenn er schreiben soll „bitte entfernen Sie das Kraut hinter dem Zaun in Ihrem Vorgarten“. Warten wir mal ab, was sich ändern wird.

Kolumne „ökonomisch betrachtet“  
Neue Landschaft  
Patzer Verlag  
April 2019  
Lothar Johanning  
lj@ljmarketing.de